

KLAR TEXT

eMagazin der IG BCE Hessen-Thüringen

Ausgabe Nr. 35

Februar 2019

Europa ist der Schlüssel

... das ist was Gutes !

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie





Europa ist der Schlüssel für eine soziale und demokratische Zukunft

Seite 3

Die Mieten werden immer teurer, Zeit für neue Ideen und einen Blick zurück

Seite 5



Mehr Netto vom Brutto gibt es 2019 für die Beschäftigten

Seite 6

Die Arbeitnehmerbeteiligung in Europa hat eine positive Entwicklung und Wirkung

Seite 7



„Einen schwachen Staat können sich nur die Reichen leisten“, dieses geflügelte Wort passt auch auf Europa.

Warum gerade Arbeitnehmer ein starkes, demokratisches, soziales Europa brauchen, und warum antieuropäische Positionen ausgerechnet von denen verbreitet werden, die sich besonders intensiv um einen Platz auf der Europawahlliste bemüht haben, darüber berichten wir in diesem KLARTEXT. Denn bei den kommenden Europawahlen steht zu viel auf dem Spiel, um sie den Populisten zu überlassen.

Volker Weber

Landesbezirksleiter

Europa ist der Schlüssel

Gleich zwei Parteitage brauchte die AFD, um ihre Kandidaten für die Europawahl zu nominieren. Für jeden einzelnen Platz gab es zahlreiche Kandidaten. Besonders umstritten waren die vorderen, aussichtsreichen Listenplätze. Die meisten Kandidaten versuchten dabei, die Delegierten mit europafeindlichen Sprüchen zu beeindrucken, schimpften über alle Aspekte der EU, forderten gar den Austritt Deutschlands, den so genannten „Dexit“. Dies alles, wohlgemerkt, um eines der begehrten Europamandate zu ergattern.

Diese Schizophrenie trat zwar beim Parteitag der Rechtspopulisten besonders erkennbar zu Tage, sie ist jedoch auch anderswo in unserem Land zu beobachten: Die Segnungen der Europäischen Einheit

nutzen, aber gleichzeitig über die EU schimpfen, das können auch andere Politiker. Selbst Ministerien und Bürgermeister verhalten sich so, als kämen diverse Fördermittel direkt aus ihrem Etat, reichen in Wirklichkeit aber nur Gelder aus EU-Programmen weiter.

Mythen wie die immer wieder gern kolportierte „EU-Gurkenverordnung“ zur Normung der Gurkenkrümmung sollen die Europäische Bürokratie

vorführen. Nur gibt es diese schon lange nicht mehr, und die Einführung erfolgte damals ausgerechnet auf Antrag Deutschlands.

Vieles in der EU entwickelt sich langsam, oft zu langsam. Höchst unterschiedliche Staaten, Gesellschaften und Sozialsysteme müssen sich annähern. Das passiert oft nur in Trippelschritten. Aber in einer globalisierten Gesellschaft ist das alternativlos.

Der Wohlstand in Deutschland, unsere Mitbestimmung, die Flächentarife, das gute duale Ausbildungssystem – all das wäre gefährdet, wenn andere Länder in Europa dies dauerhaft unterlaufen und so mit billigen

Preisen unsere Wirtschaft unter Druck setzen. Den Unternehmen wäre das egal, manchen käme es sogar gelegen. Das Kapital kann weltweit wandern. Die Beschäftigten nicht.

Deshalb ist das Ringen um ein starkes, soziales und demokratisches Europa nicht nur die Grundlage für die längste Friedensperiode in der Geschichte unseres Kontinents. Ein starkes Europa ist auch der Garant unseres Wohlstandes, indem es dafür sorgt, dass die Grundsätze der Sozialcharta überall in Europa realisiert werden.

Das ist gut für die Menschen in unserem Land, aber auch in den anderen europäischen Nationen.

Wer also gegen Europa zetert, um sein eigenes politisches Süppchen zu kochen, schadet uns Arbeitnehmern hier – und anderswo.

65% der Wahlberechtigten haben vor, zur Europawahl zu gehen

65 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland haben vor, an der Europawahl Ende Mai teilzunehmen, 35 Prozent waren Anfang Januar 2019 noch unentschieden. Das ergibt eine aktuelle Befragung zur politischen Stimmung im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament, die das Berliner Forschungsinstitut policy matters im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt hat. Damit deutet sich eine höhere Beteiligung an als beim letzten Urnengang 2014. Damals gaben in Deutschland rund 48 Prozent bei der Europawahl ihre Stimme ab. Der Trend der vergangenen Jahre zu einer stärkeren Wahlbeteiligung würde sich damit fortsetzen.

Aus der europäischen Sozialcharta

- Jedermann muss die Möglichkeit haben, seinen Lebensunterhalt durch eine frei übernommene Tätigkeit zu verdienen.
- Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen.
- Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen.
- Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf ein gerechtes Arbeitsentgelt, das ihnen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard sichert.
- Alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben das Recht auf Freiheit zur Vereinigung in nationalen und internationalen Organisationen zum Schutz ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen.
- Alle Arbeitnehmer und ihre Angehörigen haben das Recht auf Soziale Sicherheit.
- Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf Chancengleichheit und Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.
- Die Arbeitnehmer haben das Recht auf Unterrichtung und Anhörung im Unternehmen.
- Die Arbeitnehmer haben das Recht auf Beteiligung an der Festlegung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsumwelt im Unternehmen.
- Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf Schutz bei Kündigung.
- Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf Würde am Arbeitsplatz.
- Die Arbeitnehmervertreter im Betrieb haben das Recht auf Schutz gegen Benachteiligungen und müssen geeignete Erleichterungen erhalten, um ihre Aufgaben wahrzunehmen.

Wohnungsnot: „Ich sehe auch die Arbeitgeber in der Verantwortung“



Wir fragten Volker Weber zu den immer weiter steigenden Wohnkosten für die Beschäftigten.

Fast vier von zehn Mieterhaushalten in Deutschland müssen mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Etwa jeder sechste Haushalt zahlt sogar mehr als 40 Prozent des Nettoeinkommens für die Bruttokaltmiete. Ist das noch normal?

Normal? Leider ja, vor allem im Rhein-Main Gebiet. Bei Sozialwissenschaftlern gilt eine Mietbelastung von über 30 Prozent des Nettoeinkommens als kritisch, da

insbesondere Familien mit kleinerem Einkommen sonst nicht genug Geld für den Alltag bleibt. Alternativ bleibt nur das Wohnen weit entfernt vom Arbeitsplatz, mit hohen Kosten und Nerven aufwand für das Pendeln.

Wie kann man diese Entwicklung stoppen?

Fakt ist: Zu viele Haushalte müssen viel zu viel Miete zahlen. Und zu wenig Arbeitnehmer können sich Wohneigentum leisten. Wir brauchen eine Mietpreisbremse, die wirklich funktioniert. Bisher gibt es viel zu viele Ausnahmeregelungen und juristische Schlupflöcher. Wir brauchen aber vor allem mehr bezahlbaren Wohnraum für Familien mit Normaleinkommen. Die öffentlichen Wohnbaugesellschaften müssen da mehr Ehrgeiz entwickeln, denn die privaten, gewinngetriebenen Unternehmen haben nur Interesse an Maximalmieten.

Was bringen Zuschüsse wie Baukindergeld?

Die können denen helfen, die genügend Einkommen haben,

um sich Eigentum finanzieren zu können. Das gilt aber längst nicht für alle. Ich sehe da auch die Unternehmen in der Pflicht.

Früher war es völlig normal, das große Arbeitgeber auch günstige Werkswohnungen zur Verfügung stellen. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich fast alle Firmen aber aus diesem Handlungsfeld verabschiedet. Warum eigentlich? Beim Ringen um die besten Fachkräfte von Morgen könnte das durchaus ein Erfolgsfaktor sein. Eine Aktuelle Studie des Berliner Beratungsinstituts RegioKontext belegt, dass sich der Trend wieder hin zu mehr Werkswohnungen wandelt. Ich kann den Firmen in unserer Region nur dazu raten, sich hier zu engagieren.

Ehemalige Werksiedlung Döhren



Mehr Netto vom Brutto

2019 bringt für die meisten Arbeitnehmer eine Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Diese sinken im Schnitt um 0,55 Prozentpunkte. Bei einem Bruttolohn von 3.000 Euro macht dies ein monatliches Plus von 16,50 Euro. Ein weiteres Plus bringen die steigenden Steuerfreibeträge.

Endlich wieder Parität

Besonders erfreulich ist dabei: Es gibt eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Arbeitgeber müssen sich ab 2019 wieder zur Hälfte daran beteiligen. Der allgemeine Beitragssatz zur GKV liegt unverändert bei 14,6 Prozent.

Davon tragen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bisher schon die Hälfte. Das gilt nun aber auch für den Zusatzbeitrag, der je nach Krankenkasse unterschiedlich ausfällt.

Neue Brückenteilzeit

Manche Arbeitnehmer haben ab 2019 das Recht, für einen Zeitraum von ein bis fünf Jahren ihre Arbeitszeit zu reduzieren und danach wieder zurückzukehren. Es gibt also eine Art „Rückfahr-schein“ zum Vollzeitjob.

Die weitergehenden Teilzeit-Ansprüche von Beschäftigten in der Elternzeit sowie nach dem Pflege- oder Familienpflegegesetz bestehen unverändert weiter.

KOSTENLOS

KLARTEXT ist das neue eMagazin der IG BCE Hessen-Thüringen. Kostenlos alle 2 Monate in Ihrem Email-Postfach. Das Abo ist nur einen Klick entfernt - und jederzeit kündbar:

www.igbce-klartext.de



Arbeitsminister Grüttner ruft alle Akteure zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen auf

Raumschiff Surprise: Anforderungen an neue Arbeitswelt

Die Arbeit der Zukunft – besteht sie aus flexiblen Arbeitszeiten, wechselnden Projektgruppen, flachen Hierarchien und Roboter-Kollegen? Was davon ist sinnvoll und was ist lediglich übertrieben? Welche Ideen sind geeignet für die unterschiedlichen Arbeitsplätze, die Mitarbeiter und die verschiedenen Unternehmen?

Die knapp 100 Teilnehmer der Veranstaltung „Raumschiff Surprise – wie arbeiten wir morgen?“ trafen sich im neuen „Merck Innovation Center“ in

Darmstadt, um Konzepte für die Arbeitswelt von Morgen zu beleuchten. Wie das konkret aussieht zeigten Best-Practice-Beispiele aus den Unternehmen zu Arbeitszeitgestaltung und -organisation. Aus allen Beispielen wurde klar: es sind die Unternehmen UND ihre Mitarbeiter, die die Arbeitswelt von morgen gestalten – wer sonst?

Eingeladen zu der Veranstaltung hatte die Initiative Gesundheits-industrie Hessen (IGH), die von der IG BCE mitgegründet wurde.



Wo Beschäftigte mitreden

Arbeitnehmer haben in vielen europäischen Konzernen Mitspracherechte in den Leitungsgremien. Davon profitieren nicht nur die Beschäftigten, sondern auch Unternehmen und Gesellschaft insgesamt.

Auch wenn es innerhalb der EU erhebliche Unterschiede gibt – bei den Mitspracherechten in Aufsichts- oder Verwaltungsräten von Unternehmen steht Europa vergleichsweise gut da. Mittlerweile seien diese Rechte ein „Schlüsselement des europäischen Wirtschaftsmodells“, sagt Anke Hassel, die wissenschaftliche Leiterin der Expertengruppe „Workers’ Voice and Good Corporate Governance in Transnational Companies in Europe“.

Die Mitglieder: Praktiker aus Unternehmen, Experten mit gewerkschaftlichem und europapolitischem Hintergrund sowie Wissenschaftler aus ganz Europa. Analysiert wurde,

wie Arbeitnehmer auch in anderen EU-Ländern Einfluss auf Unternehmensentscheidungen nehmen.

Der Auswertung zufolge ist Arbeitnehmerbeteiligung in vielen europäischen Unternehmen fest verankert. Auch wenn kein einheitliches Modell in Europa auszumachen ist, gebe es in der Praxis zahlreiche Varianten und Konstellationen, die ähnlich wie die deutsche Mitbestimmung wirken.

Dass es sich lohnt, Beschäftigte mitreden zu lassen, liegt laut dem Abschlussbericht auf der Hand. Mitsprache helfe beim Lösen organisatorischer Probleme, trage insbesondere bei großen Veränderungsprozessen und Umstrukturierungen zur Überwachung und Optimierung von unternehmerischen Entscheidungen bei und erleichtere den Informationsfluss zwischen Management und Belegschaft.

Arbeitnehmerbeteiligung in Europa

Die 100 größten börsennotierten Unternehmen in der EU hatten 2014 ...



„Nicht Staaten vereinigen wir, sondern Menschen“

Jean Monnet, Unternehmer
und glühender Europäer,
Ehrenbürger Europas

... das ist was Gutes !

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

